

Quelle: NZZ vom 11.4.2018

Den «Herrn Gemeinderat» gibt's nicht mehr

Die Suche nach Personal für die vielen Ämter in den Zürcher Gemeinden ist eine Herausforderung

Mit jeder Erneuerungswahl haben die Gemeinden mehr Mühe, genügend Kandidaten zu finden. Das hat mit schwindendem Engagement zu tun, mit gestiegenen Ansprüchen der Berufswelt – und mit rüden Umgangsformen.

Michael von Ledebur

Ein Behördenamt kann eine einsame Sache sein. Diese Erfahrung musste Richard Müller Brander machen. Als Präsident der Kirchenpflege von Rheinau-Ellikon, einer kleinen Gemeinde im Zürcher Weinland, stand er einst einem fünfköpfigen Gremium vor. Seine Kollegen traten einer nach dem anderen zurück. Müller Brander verblieb als einziger Kandidat für die -Erneuerungswahlen vom kommenden Wochenende. Der Präsident hat die -Suche nach Ersatz schon vor Wochen aufgegeben. Niemand wolle sich in der -Behörde ehrenamtlich engagieren, sagt er.

Da hat es Dölf Conrad (svp.) besser. Der Gemeindepräsident von Wildberg im Zürcher Oberland hat seine fünf Gemeinderäte beisammen. Aber es war «ein Krampf», wie er sagt. Hätte nicht ein bisheriger Gemeinderatskollege doch noch überzeugt werden können, seinen Rücktritt zu überdenken, wäre es eng geworden. Schlimmstenfalls gälte zwar der Amtszwang, aber das ist für den pensionierten Berufsmilitär Conrad lediglich eine theoretische Grösse. Es sei sinnlos, wenn jemand ohne Motivation in einer Behörde mitarbeite. «Ich habe auch in meiner militärischen Laufbahn nie einen zum Weitermachen gezwungen.»

Immerhin, die Wildberger Exekutive wird auch nach den Erneuerungswahlen komplett sein. Aber eine Auswahl haben die rund 1000 Einwohner nicht. «Eine Kampfwahl, das ist eine Traumvorstellung», sagt Conrad.

Rheinau und Wildberg stehen für eine problematische Entwicklung. Vor allem ländliche Gemeinden haben Mühe, ihre Behördenämter zu besetzen. Die Herausforderung stellt sich alle vier Jahre, jedes Mal mit gesteigerter Intensität. Des Phänomens hat sich auch die Politikwissenschaft angenommen. 2017 bekundeten in Zürich laut einer Umfrage unter den Gemeinden 35,4 Prozent Mühe mit der Suche nach Kandidaten für die Exekutive. Der Wert ist seit der letzten Befragung von 2009/10 um 5 Prozentpunkte angestiegen. 4,6 Prozent beurteilen die Suche gar als «sehr schwierig». Entspannt ist die Kandidatensuche erst ab einer Grösse von 20 000 Einwohnern.

Wo bleibt der Schneepflug?

Hinzu kommt, dass die Exekutive nur eine von vielen Behörden in einer -Gemeinde ist. Dölf Conrad zählt für Wildberg auf: Gemeinderat, Rechnungsprüfungskommission, Primarschulpflege, Mitglieder für die gemeindeübergreifende Sekundarstufe, Kirchenpflege, Stimmzähler, Wasserwerkkommission. Total sind das rund 40 Ämter – bei einem Personalpool von 450 Stimmberechtigten, von denen wiederum manche in Ausbildung oder schlicht zu alt sind, um ein Amt aus-züben. Vereine und die Feuerwehr stellen ihre Ansprüche an dieselbe -Personengruppe.

Die schwierige Suche hat nicht nur mit der Bereitschaft potenzieller Kandidaten, sondern auch mit den Ämtern zu tun. Sie zu führen, ist aufwendiger -geworden. Müller Brander vermutet, dass unter anderem anstehende Mehrarbeit durch das Kirchenfusionsprojekt «Kirchgemeinde Plus» Interessenten abschreckt. Conrad sagt, Gemeinderat zu sein, beschränke sich längst nicht mehr auf die wöchentliche Abendsitzung. Die Leute hätten den Anspruch, jederzeit auf ihn zukommen zu dürfen, ob per Mail oder Telefon. Conrad wurde schon vor sechs Uhr morgens aus dem Bett geschellt und von einem Anwohner angeschnauzt: wo denn der Schneepflug bleibe!

Die Episode beleuchtet eine weitere Erschwernis: Höflich gehen die Mitbürger mit ihren Behördenvertretern nicht um. Die Zeiten, als der «Herr Gemeinderat» oder die «Frau Gemeinderätin» etwas galten, sind lange vorbei. Davon ist Conrad überzeugt. Die Leute sähen oft nur ihr unmittelbares Anliegen, verlangten ungeduldig dessen Befriedigung und schimpften ungehemmt, wenn man nicht sofort eine Lösung präsentiere. «Es braucht einen breiten Rücken», sagt er. Er wisse, wie zurückzugeben sei. Andere treffe die Kritik.

Sachverwalter statt Präsident

Vom Personalmangel auf einen schwindenden Gemeinsinn zu schliessen, greift zu kurz. Die Beanspruchung des Einzelnen ist gestiegen, gerade in der Arbeitswelt. Das Beispiel der zurückgetretenen Rheinauer Kirchenpfleger ist typisch: Eine Person bildet sich weiter, eine hat gesundheitliche Probleme, eine ist beruflich sehr engagiert, und eine hatte nach zwölf Jahren in der Behörde genug. Gründe, die Richard Müller Brander alle nachvollziehen kann. «Ich kann niemandem einen Vorwurf machen.»

Wegen des Geldes lässt sich kaum jemand für ein Amt aufstellen. In Wildberg erhält ein Gemeinderat 63 Franken als Gegenwert für die wöchentliche Sitzung, ab zwei Stunden Sitzungszeit sind es 95 Franken. Hinzu kommt eine jährliche Pauschalentschädigung: rund 23 000 Franken für den Präsidenten und 10 500 Franken pro Gemeinderat. Angemessen sei dies nicht wirklich, sagt Conrad. Eine Reform mit höheren Bezügen ist aufgegleist. «Aber grosse Sprünge können wir uns nicht leisten. Sonst machen die Stimmberechtigten nicht mit.»

Gesunkenes Engagement auf der einen, gestiegene Ansprüche an die Amtsträger auf der anderen Seite: Da passt das Bild von der Zange, in der sich das Behördenamt befindet. Es ist erstaunlich, dass es für die Erneuerungswahlen dennoch den meisten Gemeinden erneut gelungen ist, die Ämter zu besetzen. Es gibt deshalb neben besorgten Stimmen auch solche, die die Niedergangsszenarien für massiv übertrieben halten.

Was passiert, wenn das Milizprinzip versagt, zeigt das Beispiel Rheinau. Sollten sich bis nach dem zweiten Wahlgang und dem Ablauf aller Nachfristen nicht doch noch Kandidaten melden, wird der Präsident durch einen Sachwalter ersetzt. Der bleibt, solange sich keine Kirchenpfleger finden. Nicht im Ehrenamt, sondern als Angestellter – auf Kosten der Gemeinde.